



Liberales Forum  
Landtagsklub Wien

3

Magistratsdirektion der Stadt Wien  
ABGELEHNT  
Eing: 24 JUNI 1999  
2656/LAT/EP  
Büro des Landtags, Gemeinderats,  
Landesregierung und des Stadtschulrates

**BESCHLUSS-(RESOLUTIONS-)ANTRAG**

der Landtagsabgeordneten Dr. Wolfgang Alkier und PartnerInnen (Liberales Forum) eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 24.6.1999 zu Post 2

betreffend **Entschädigungen im Stadtschulratskollegium**

Die Entschädigung der Mitglieder des Stadtschulratskollegiums ist in der derzeitigen Form eine Mischung aus überholt und nicht angemessen. Eine neue Regelung soll ähnlich wie in der Wohnungskommission erfolgen. Dadurch entfielen die Entschädigung für die Landtagsabgeordneten, die im Stadtschulratskollegium vertreten sind; gleichzeitig sollte für die übrigen Mitglieder die Entschädigung von öS 200,- auf öS 300,- erhöht werden.

Die unterzeichneten Landtagsabgeordneten stellen daher folgenden

**ANTRAG**

gem. § 27 Abs. 4 GeO des Landtages für Wien

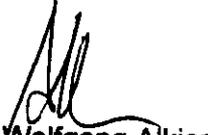
„Das zuständige Mitglied der Landesregierung, die amtsführende Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport möge veranlassen, daß die Landesregierung ihre Verordnung, mit der die Höhe der Entschädigungen für die Mitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien festgesetzt wird, wie folgt ändert:

„Auf Grund der §§ 69 und 75 des Wiener Schulgesetzes, LGBl. für Wien 20/1976 wird verordnet:

Die den Mitgliedern des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien mit Ausnahme des Amtsführenden Präsidenten, des Vizepräsidenten des Stadtschulrates für Wien **und der Landtagsabgeordneten** gebührende Entschädigung wird mit **öS 300,-** pro Sitzung des Kollegiums (Plenarsitzung, Sitzung einer Sektion oder Untersektion), an der das Mitglied teilnimmt, festgesetzt. Dem Ersatzmitglied des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien, das an die Stelle des in der Ausübung seiner Funktion verhinderten Mitgliedes an einer Sitzung teilnimmt, gebührt die Entschädigung in der gleichen Höhe.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, am 24. Juni 1999

  
Dr. Wolfgang Alkier  
  
  
